

**NEUHERMSHEIM:** Bezirksbeiratssitzung beginnt mit einer Verweigerung

## Eastsite-Zufahrt angemahnt

"Der Bezirksbeirat sieht keine Notwendigkeit, in den Tagesordnungspunkt Bundesverkehrswegeplan 2030 einzusteigen", erklärte Bezirksbeirat Andreas Schöber (Grüne) jüngst bei der Bezirksbeiratssitzung im katholischen Gemeindezentrum Maria Königin. Der Bezirksbeirat Neuostheim/Neuhermsheim hatte erwartet, dass die Deutsche Bundesbahn (DB) ihr Netzgutachten vorstellt.

Doch Sitzungsleiter Steffen Ratzel erwiderte, ihm stehe keine Veränderung der Tagesordnung zu. Auch aus Fairness gegenüber den Bürgern, die wegen diesem Tagesordnungspunkt gekommen seien, sollte man den Vertreter der Stadt anhören. Alexandre Hofen-Stein, zuständig für den schienengebundenen und überregionalen Verkehr, berichtete: Die von der Bahn angekündigte Untersuchung aller schienengebundenen Zusammenhänge, Kapazitäten und Auslastung mit Prognose für die Zukunft liege auch der Stadt noch nicht vor. Die Bahn habe zum Bundesverkehrswegeplan ein Dialogforum für Bürgermeister, Landräte Abgeordnete und Bürgerinitiativen vorgeschlagen, untergliedert in Arbeitsgemeinschaften. Demgegenüber habe die Stadt erklärt, dass sie "keine reine Redeveranstaltung" möchte, wonach sie letztlich nur eine reine Empfehlung aussprechen könnten, sondern einen Projektbeirat nach dem Vorbild Offenbachs. Gunther Mair von der Interessengemeinschaft Bahnregion Rhein-Neckar 21 und Sprecher der Bürgerinitiative "Gesundheit statt Bahnlärm in Mannheim" (Gesbim), die für eine Tunnellösung eintritt, forderte die Bürger auf, an Landtags- und Bundestagsabgeordnete zu schreiben, um so politischen Druck auszuüben.

Unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" bemängelten Bürger unter anderem das hohe Verkehrsaufkommen auf der Hermsheimer Straße durch das wachsende Gewerbegebiet Eastsite. Es fehle noch immer die von der Stadt versprochene Zufahrt. Die Neuostheimer stört der Gestank aus den Abwasserrohren, die auf einen höheren Wasserverbrauch ausgelegt sind. Doch Stadt und Bund haben kein Geld für solche kostenintensive Projekte, bedauerte Ratzel.

"Mitnehmen" will der CDU-Stadtrat ein weiteres Thema: "Seitdem die Stadt den Grünstreifen an der Ernst-Barlach-Allee zugesperrt hat, parken die Autos dort auf der Straße", hatte eine Bürgerin bemängelt. *ost*